

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Feiertag und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Strohbetten 4.— M., bei direkter Postzahlung monatlich 4.65 M., bei Postzahlung unter Streifenband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 5.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2896.

Preis: 10 Pfennig. Bei 100 Exemplaren 10.— M., bei 500 Exemplaren 45.— M., bei 1000 Exemplaren 85.— M., bei 2000 Exemplaren 165.— M., bei 5000 Exemplaren 385.— M., bei 10000 Exemplaren 750.— M., bei 20000 Exemplaren 1450.— M., bei 50000 Exemplaren 3500.— M., bei 100000 Exemplaren 6800.— M., bei 200000 Exemplaren 13000.— M., bei 500000 Exemplaren 60000.— M., bei 1000000 Exemplaren 115000.— M.

Verlags-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auflösung des Volkzugsrats.

Auf Einsingens Spuren.

Der Oberbefehlshaber (gen. Noske) erläßt folgende Bekanntmachung:

Der Volkzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlin hat festgestellt, daß die bestehende Verfassung des deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu benimmt, um Anarchie und Zwiespalt in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen. Er hat durch den Ausruf „An die Front: Arbeiterschaft“ in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 1. 11. 1919 unter wahrheitswidriger Begründung zum politischen Generalstreik gehetzt und aufgefordert. Durch dieses Treiben bilde der Volkzugsrat eine unmittelbar drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand wird daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit hiermit der Volkzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlin für aufgelöst erklärt. Jegliche weitere Tätigkeit, welcher Art und welchen Inhaltes sie sei, wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, sofern auch den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe nicht verweigert ist.

Ein Jahr, nachdem der Oberbefehlshaber in den Marken, von Einsingen, erfolglos die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten verboten hat, folgt Noske seinen Spuren und löst den Volkzugsrat auf. Auch die Begründung ist dieselbe. „Derartige Einrichtungen“, so schrieb Einsingen, „stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.“ Aber so wenig wie Einsingen den Sturz des alten Regimes mit seiner Verordnung hat aufhalten können, so wenig wird Noske erreichen, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen wirtschaftliche und politische Entrechtung ein Ende nimmt. Noskes Verbot ist völlig gescheitert, es ist ein Ausbruch der Willkür, des geschlossenen Belagerungszustandes, durch den die Rechtssozialisten die Herrschaft des Bürgertums über die Arbeiterklasse aufrechterhalten.

Aber daß dieses Verbot dem Einsingens auf Haar gleich, zeigt die Rolle der Rechtssozialisten in bengalischer Belagerung. Sie sind an die Stelle des Einsingens getreten, sie schämen den Kapitalismus und liefern ihm die Waffen, mit denen er die Arbeiterkraft weiter knebeln kann. Das Bürgertum hat keine besseren Hüter als die Renegaten, die das Interesse ihrer Klasse schamlos verraten haben.

Verhaftungen und Befehungen.

Uns wird mitgeteilt: Gestern mittag gegen 2 Uhr erschienen in den Räumen des Volkzugsrats, Münzstraße 24, Kriminalbeamte und eine größere Anzahl Sicherheitspolizisten. Sie durchsuchten alle Schränke und Schließfächer und beschlagnahmten sämtliches Aktenmaterial. Von dem Volkzugsratsmitglied ebens war nur der Genosse Wegmann anwesend, der verhastet wurde. Als er noch in sein Zimmer zu gehen versuchte, wurde er tödlich angegriffen, und als er beim Verantwort darüber Bescheid erfahren wollte, ließ ihn ein von einem Kriminalbeamten herbeigerufenen Sicherheitspolizist mit dem Gewehrfolben in den Rücken. Sämtliche männliche Angestellten des Volkzugsrats und andere Anwesende wurden ebenfalls verhaftet. Die weiblichen Angestellten konnten nach der Durchsuchung des Bureau verlassen.

Es wird uns ferner mitgeteilt, daß auch drei Mitglieder der Münzschneider-Kommission, die gerade die Münzfrage einlang kamen, verhaftet und gleichzeitig mit den Angestellten des Volkzugsrats zum Polizeipräsidium gebracht wurden. Ein Teil der Verhafteten konnte nach Bestätigung der Personalien im Polizeipräsidium wieder gehen, die Angehörigen des Volkzugsrats und die Mitglieder der Münzschneider-Kommission wurden in Haft gehalten.

Nachträglich erfahren wir, daß die Verhaftung des Genossen Wegmann nicht gescheitert ist, denselben die Festnahme der Genossen Ernst Däumig und Richard Müller, bei denen schon in aller Frühe Kriminalbeamte erschienen waren. Bei dieser Gelegenheit wurden aber alle Schließfächer in den Wohnungen durchsucht, ohne daß es gelang, irgend etwas zu finden.

Ein Amnestieerlaß der Sowjetregierung.

D. N. Moskau, 6. November.

Der Zentral-Volkzugsratsbescheid für alle Gefangenen, die keine Gefahr für die Arbeiterklasse bedeuten, freizulassen. Personen, die für schwere Verbrechen als Verantwortliche gegen die Sowjetregierung zu

haben Gefängnisstrafen verurteilt waren, soll diese Strafe bis auf fünf Jahre Haft ermäßigt werden. In der Begründung des Erlasses heißt es, die Sowjetregierung sei im Kampfe gegen alle Feinde der Revolution anfangs zu so strengen Maßnahmen gezwungen gewesen, jetzt fühle sie sich aber stark genug, um anlässlich des zweiten Jahresfestes der Revolution eine Amnestie zu erlassen.

Wir fordern Amnestie.

Ein Jahr ist verfloßen, seit das deutsche Proletariat aufstand, um den alten Klassenstaat zu zerbrechen. Freiheit, heißt es, würde die Volkregierung bringen. Gleichheit sollten die Männer schaffen, die selbst aus dem Proletariat hervorgegangen sind. Brüderlichkeit erwarten wir von denen, die früher mit uns gelitten haben.

Ein Jahr lang haben die Sozialverräter nichts getan, als die Ungleichheit befestigt, ein Jahr lang haben sie die Gemeinschaft des Kapitalismus und des Militarismus gegen das Proletariat gestärkt, ein Jahr lang schon währt die Unfreiheit!

Unter dem Protektorat der Rechtssozialisten füllten sich die Gefängnisse und Konzentrationslager mit Tausenden revolutionären, die den Segnungen der sozialistischen Republik zum Opfer fielen. Mit Schußhaftbefehlen und den Schreckensurteilen der bürgerlichen Klassenjustiz würgte die Regierung unter den Vorkämpfern der Revolution. Und doch haben sie nichts überreicht, was nicht die Regierung und Hunderttausende in den Novemberbergen auch mitschuldig haben, die längst zerstörten Rechtsformen des alten Staates.

Ein Jahr schon herrscht die Gesetzlosigkeit. Jetzt ist es genug! Das deutsche Proletariat fordert seine Brüder zurück. Die Regierung, die sich selbst sozialistisch nennt, mache am Jahresfest der Revolution endlich Ernst mit der Befreiung derer, die Opfer des revolutionären Klassenkampfes geworden sind.

Der erste Jahresring der deutschen Revolution hat sich geschlossen. Man ziehe die Bilanz:

Amnestie für alle politischen Gefangenen!

Die Vermittlungen zur Beilegung des amerikanischen Bergarbeiterstreiks gescheitert.

H. N. Washington, 6. November.

Die Regierung behandelte den Vorschlag der Arbeiter zur Beilegung des Streiks. Sie weigerte sich, das bereits erlassene Streikverbot aufzuheben. Die Arbeiterführer erklärten daraufhin, daß diese Weigerung die Verlängerung des Kampfes bedeute. Auf beiden Seiten ist durch das Scheitern der Vermittlung große Erbitterung entstanden. Die Regierung verlangt, daß die Bergarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen müssen, ehe an eine Vermittlung gedacht werden kann. Nachdem nunmehr an eine Beendigung des Streiks vorläufig nicht zu denken ist, hat die Regierung sich auf einen langen Kampf vorbereitet. Sie hat alle Kohlenvorräte beschlagnahmt. Wilson hat durch Vermittlung des Gerichtshofes dem Kohlenkontrollrat die Befugnisse erteilt, die Kohlenpreise festzusetzen. Dieser hat an das Publikum die Mahnung gerichtet, beim Verbrauch von Kohlen recht sparsam zu sein. Die Arbeitergeber nehmen an, daß die Bergleute nachgeben und teilweise zur Arbeit zurückkehren werden. Die Arbeiterführer erklären dagegen, daß die Front jetzt geschlossen bleibe.

Haag, 6. November.

„Nieuwe Courant“ meldet, daß die amerikanische Regierung sich auf einen langen Kampf mit den Bergarbeitern vorbereite.

Wahltag der Republikaner in Amerika.

Amsterdam, 6. November.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß die Republikaner bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten zahlreiche überraschende Erfolge davongetragen haben.

Petersburg außer Gefahr.

Sankt Petersburg, 6. November. Nachrichten aus Petersburg zufolge erhielt Trank ein Tagesbefehl, in dem er erklärt, daß der Feind aus der Umgebung der Hauptstadt vertrieben und die russische Hauptstadt außer Gefahr ist.

Theater.

Von Rich. Breitscheld.

Als der Staatssekretär Zimmermann gestern die Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verließ, sagte er seine Gefühle einem Bekannten gegenüber so laut, daß es Umstehende hören konnten, in das Wort zusammen: „Das ist ein Theater!“

Wir nehmen Herrn Zimmermann dieses Wort keineswegs übel, denn seine Burschenschaft ist der sympathischste Zug an ihm, und außerdem trifft ja seine Charakterisierung des Verfahrens bis zu einem gewissen Grade zu. Er hat ganz recht: es gibt Momente, in denen der Prozeß wie eine Hofe wirkt. Besonders dann, wenn, wie es immer wieder geschieht, Herr von Bethmann aus der Rolle des Zeugen in die des Verhandlungsleiters und des Verhandlungskritikers übergeht und auseinanderlegt, wie die Vernehmung zu gestalten sei, und welche Funktionen er zu erfüllen habe.

So geschah es auch gestern wieder. Der Vorsitzende, den seine Kollegen scheinbar ein wenig scharf gemacht hatten, richtete ungewöhnlich eindringliche Fragen an den Anwalt. Er ließ keine übliche Erklärung, er könne die Akten nicht, und könne sich nicht entsinnen, ausnahmsweise nicht gelten, und meinte, daß in dem wichtigen Punkte, der zur Erörterung stand, das Gedächtnis des Zeugen nicht versagen könne. Dieser aber hielt eine lange Rede, in der er auseinandersetzte, daß er eigentlich nur eine Hilfsperson für den Ausschuss sei, daß er nur über die allgemeinen Motive seiner Politik Auskunft zu geben habe, und daß er seine Pflicht als erfüllt betrachte, wenn er etwa vorhandene Lücken in den Akten gelegentlich durch Mitteilungen ergänze. Herr Warmuth gab dann natürlich zuletzt klein bei, und es bedurfte des Einwirkens von Oskar Cohn, der im Widerspruch zum Vorsitzenden das Wort des Ausschusses feststellte, sich nicht nur aus den Dokumenten, sondern gerade durch das Verhör der Zeugen ein Bild von den Geschehnissen zu machen.

Es handelte sich um die Frage, ob Bethmann Ende Dezember 1916 und im Januar 1917 die Oberste Heeresleitung und den Admiralstab von den fortgeführten Friedensbemühungen Wilsons, über die Graf Lerchstorff berichtete, auf dem Laufenden gehalten hätte. Diese Verantwortung war um so wichtiger, als ein Telegramm vom 25. Dezember vorliegt, in dem der General Rubenow dem König von Griechenland melden läßt: „Trotz aller Friedensschaffungen wird der Krieg mit allen Mitteln weitergeführt.“ Diese Devisen läßt den Schluss zu, daß die Oberste Heeresleitung über den Vermittlungsstillstand des amerikanischen Präsidenten entweder nicht informiert war, oder daß sie sich nicht im geringsten um sie kümmerte. Ob das eine oder das andere der Fall gewesen ist, kann einstweilen nicht aufgeklärt werden, da Herr von Bethmann streift. Denn in den Akten findet sich keine Mitteilung darüber, ob und inwieweit von Berlin aus auf irgendeinem Wege die Oberste Heeresleitung ständig in Kenntnis gesetzt worden ist.

Dafür aber läßt sich eine andere wichtige Tatsache mit ihnen entnehmen, die nämlich, daß der Staatssekretär Zimmermann in derselben Zeit die Friedensbemühungen Wilsons bei dem deutschen Botschafter in Wien systematisch in Mißkredit gebracht hat. Seine Abneigung gegen Amerika und den Präsidenten kommt immer wieder zum Ausdruck, und zwar in einem Moment, wo dessen Note, auf deren Erlaß Deutschland so großes Gewicht gelegt hatte, noch nicht einmal beantwortet war.

Woher diese Stimmung des Staatssekretärs rührte, sucht Oskar Cohn durch einige Fragen über Berichte des deutschen Generalkonsuls in New York herauszubekommen. Von diesem Generalkonsul wissen wir, — und zwar wissen wir es nicht nur aus den widerwilligen Auskünften des Herrn Zimmermann —, daß er eine Politik trieb, die der des Botschafters zuwiderlief, und daß er dementsprechend auch an eine Stelle des auswärtigen Amtes beriefelte. Ob es wahr ist, was behauptet wird, daß der Generalkonsul der Nordbruder des Herrn Zimmermann gewesen ist, können wir nicht nachprüfen. Jedenfalls hat dieser dem Freunde in New York mehr gealaut, als dem amtlichen Vertreter Deutschlands, und er hat sein Handeln, das den Absichten Bethmanns — ihre Ehrlichkeit vorausgesetzt — zuwiderlief, nach den New-Yorker Auffassungen und Darstellungen eingetücht.

Auf die zweifelhafte Quelle seiner Wissenschaft aufmerksam gemacht zu werden, ist ihm natürlich recht peinlich, und er versucht seinen Herrn und Meister Bethmann zu im-

fieren und auch ein wenig in Entrüstung über das hartnäckige Fragen zu machen. Theater!

Mit den Vertrauensleuten des Auswärtigen Amtes treten die Vertrauensleute der Marine in Konkurrenz. Der Admiralstab hat daran geglaubt, mit der U-Bootwaffe England in wenigen Monaten niederzwingen zu können, und um seinen Willen bei den anderen Stellen leichter durchzusetzen, hat er sich auf eine Anzahl von Eideshelfern berufen, die wissenschaftlich beweisen, daß es mit dem Feind über dem Wasser unweigerlich zu Ende gehe.

Die Liste dieser Autoritäten wird verlesen. Und siehe da, es sind Leute, die man entweder gar nicht kennt, oder deren wirtschaftliches Interesse am U-Bootkrieg ohne weiteres auf der Hand liegt. Ein paar Gelehrte zweiten und dritten Ranges, ein paar Bankdirektoren, irgendein Handelskammerpräsident aus der Provinz, einige Getreidehändler und im übrigen Generaldirektoren der schweren Industrie. Einem dieser Sachverständigen — wir verschweigen aus Mitleid seinen Namen — möchte Einzelheimer dem Auswärtigen gern persönlich vorgeführt werden, damit dieser sich ein Urteil über die Qualität der Befolgskräfte des Admiralstabs bilden könne.

Aber es tut nicht nur, dem Monne solche Unannehmlichkeiten zu bereiten, die Liste spricht ohnehin für sich selbst. Der Admiralstab hat eben auch Theater gespielt. Nur muß die Frage aufgeworfen werden, warum Herr von Bethmann, der doch den U-Bootkrieg angeblich nicht wollte und an seinem Erfolge zweifelte, es nicht unternahm, die Autorität der Garde des Herrn von Holkendorff durch das Zeugnis eruschhaft in Betracht kommender Fachleute und Sachkenner zu erschüttern. Er ließ die Dinge gehen, wahrscheinlich, weil er von seiner Unfähigkeit, sie zu ändern, überzeugt war.

Gestützt auf Hinz und Kunz, begann die Marine den U-Bootkrieg und versicherte, mit ihm binnen kurzer Frist den Krieg siegreich beenden zu können. Der Vertreter der Admiralität soll ausfragen, woher das Plakato rührt. In dieser Beziehung erfahren wir nicht viel, dafür aber hören wir, wie der Admiralstab es jetzt nicht mehr recht wahr haben will, daß er so besonders optimistisch gewesen sei. Nur leider läßt es sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Staatssekretär der Marine dem Reichstag die herrlichsten Perspektiven eröffnete. Er hatte gestern einige bittere Minuten, als er daran erinnert wurde, wie geringfügig er die militärische Bedeutung Amerikas bewertet hatte. Amerika habe keine Truppen. Wenn es Truppen habe, bestühe es keine Transportschiffe, und wenn es Schiffe bestühe, würden sie eine willkommene Jagdbeute der deutschen U-Boote sein. Er findet jetzt die flüchtige Ausflucht, das alles habe eben nur die ersten fünf bis sechs Monate geolten, in denen ja doch der Krieg hätte beendet werden sollen. Daß England sich in dieser Zeit eben nicht erledigen ließ, und daß Amerika erst dann mit den großen Transporten einsetzte, ist eben die gemeine Niedertracht unserer Feinde, für die der Staatssekretär Capelle doch nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Aber eins interessiert uns dabei. Wenn es also feststand, daß nach Ablauf der sechs Monate die amerikanischen Schiffe keine willkommene Jagdbeute der U-Boote mehr sein würden; wenn also damals auch die militärischen Stellen von dem Zusammenbruch ihrer Hoffnungen überzeugt sein mußten, wie ist es dann gekommen, daß trotzdem Mitte des Jahres 1917 ein Kanzler des Deutschen Reiches es wagen durfte, die Friedensresolution des Reichstags zu fälschen? Werden wir auf diese und andere uns bis ins Mark berührenden Fragen durch die Verhandlungen vor dem Ausschuss Antwort erhalten? Sicher nur dann, wenn seine Mitglieder sich durch die überlieferten Seiten der Feigen nicht imponieren lassen und es nicht zugeben, daß mit ihnen und dem deutschen Volke Komödie gespielt wird.

Die Vertuschung beginnt.

Wolffs Bureau meldet: Vor einigen Tagen brachten Berliner Blätter die Meldung, daß bei der Ausschreibung eines Werbebureaus für das Baltikum ein als geheim und vertraulich bezeichnetes Schriftstück gefunden worden sei, das die Namen verschiedener im Auswärtigen Amt tätiger Herren enthalte, die von dort aus als Vertrauensleute für die Baltikumfrage tätig seien. Dieses Schriftstück, an den Grafen von der Goltz adressiert und vom Zweckverband Ost abgefandt, hat folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Graf. Aus guter Quelle erfahren wir, daß Herr Dr. Bach vom Auswärtigen Amt über das deutsche Konsulat in Schweden amtlich mit den Generälen Denikin und Judenitsch wegen Lieferung von Waffen und Munition an die russische Armee Denkin verhandelt. Wir geben diese Nachricht vertraulich zu Ihrer Kenntnis mit der Bitte um Überprüfung und baldige Mitteilung Ihrer Beurteilung an uns.

Ein Herr Dr. Bach ist im Dienste des Auswärtigen Amtes nicht bekannt. Von den angeblichen Verhandlungen hat das Auswärtige Amt ebenfalls keine Kenntnis. Die Anschuldigungen gegen das Amt, wie sie vor allem die „Freiheit“ aufweist, sind also im ganzen Umfang hinfällig.

Das obenstehende Dementi entspricht vollkommen unseren Erwartungen. Die Praxis der amtlichen Stellen im „neuen Deutschland“ hat uns damit vertraut gemacht, daß die gravierendsten Anschuldigungen geäußert werden und die heftigsten Situationen sich in den offiziellen Rundgebungen in eitel Wohlgefallen auflösen. Auch jetzt liegt nach der halbamtlichen Mitteilung nichts besonderes vor: Einen Dr. Bach gibt es nicht, das Auswärtige Amt weiß von nichts und alle Anschuldigungen der „Freiheit“ sind hinfällig.

Der Wortlaut der wiedergegebenen Dokumente und die in der Presse veröffentlichten Mitteilungen sind indes so belastend, daß der Reinwaschungversuch des Auswärtigen Amtes niemand zu überzeugen vermag. Der Zweckverband Ost spricht kategorisch von einem Dr. Bach, der über das deutsche Konsulat in Schweden amtlich mit den Generälen Denikin und Judenitsch verhandelt. Daß er im Dienste des Auswärtigen Amtes stehe, wird hier nicht behauptet. Ist aber ein Dr. Bach dem Auswärtigen Amt überhaupt nicht bekannt? Und wie stellt es sich zu seinen Verhandlungen über das deutsche Konsulat in Schweden? Wie verhält es sich schließlich mit den übrigen Herren vom Auswärtigen Amt, über die nach den Behauptungen in der Presse schwer belastendes Material gefunden worden ist? Wieder alle diese Fragen geht das Dementi mit großer Zurückhaltung hinweg.

Wir sind in der Lage, daß auf unsere erneute Anfrage ein neues Dementi ähnlichen Inhalts wie das heutige erfolgen wird. Doch wir erklären rund heraus: Wir glauben von all diesen Dementis kein Wort! Wir kennen viel zu gut die Stabilität des neu erfundenen amtlichen Lügenapparats und die Solidarität aller in Betracht kommenden Instanzen mit den militärischen, Säbieren und Abenteurern, als daß wir den Reinwaschungversuchen dieser Stellen Glauben schenken könnten. Deshalb wiederholen wir den Ruf nach einer mit allen Vollmachten ausgestatteten Untersuchungskommission, die in die Kugelhülle in der Wilhelmstraße hineinleuchten soll.

Die Menterei des Detachements Korbach.

Das Detachement Korbach, das am 31. Oktober bei Taurrogan über die Grenze gegangen ist, stand seit vielen Monaten im Verdacht mit den baltischen Verschwörern und hat diesen wertvolle Helfershelfer geleistet. Die Mehrzahl seiner Offiziere bereiste Deutschland, um Truppen für das baltische Abenteuer anzuzureisen, Munition, Artillerie und Flugzeuge nach Russland zu verschleusen. Das Detachement Korbach hat, wie schon bekannt ist, auch die Mannschaften des Infanterie-Reg. 21 in Thorn zur Menterei veranlaßt. Sein Standort in Curland war eine Art Sammelpunkt für alle Verschönerungen und Zettelungen, die von den Baltenschleibern in Deutschland unternommen wurden. Obwohl die Regierung von den Treibereien des Detachements unterrichtet war, hat sie nichts unternommen, um den Grenzübergang zu verhindern. Sie hat damit die volle Verantwortung für dieses Unternehmen zu tragen.

Am dem Grenzübergang sind am stärksten Leutnant Krull, Bracht und Koeple beteiligt. Leutnant Krull wohnte längere Zeit in Berlin im Continental-Hotel, er hatte riesige Summen russischen Geldes zur Verfügung und hat sich vor allem in der Verchiebung von Flugzeugen hervorragend betätigt. Bereits am 20. September war dieserhalb von einem Offiziersstellvertreter gegen Krull ein Strafantrag bei der kaiserlichen Kommandantur eingereicht worden. Die Kommandantur schickte den Strafantrag nach Cullmsee an das Reichswehr-Jäger Btl. 87 (Detachement Korbach) zur weiteren Veranlassung. Dieser Truppenstück, der aus lauter Verschwörern bestand, hatte natürlich nichts illigeres zu tun, als dem Leutnant Krull den Strafantrag auszuhandigen. Und so wartet die Kommandantur noch heute auf ihren Befehl, während Krull seine Schleichereien ungestört fortsetzt und seine landesverräterische Tätigkeit durch den gelungenen Grenzübergang des gesamten Detachements Korbach die Krone aufsetzen konnte.

Über den Umfang der Schleichereien, die von Leutnant Krull vorgenommen worden sind, geben uns mehrere Rechnungen der Luftverkehrsgesellschaft (Johannisthal) Auskunft. Danach wurden ihm nach am 11. Oktober zwei Flugzeuge (LVG. P. I Nr. 18/19 und LVG. P. I Nr. 23/19) zum Preise von je 37 500 Mark geliefert, außerdem Brennstoffe im Werte von 2830 M. Außerdem liegt uns eine Rechnung vom 2. Oktober vor, über einen Betrag von 2850 M. Das sind alles natürlich nur kleine Ausgaben, von denen wir zufällig Kenntnis erhielten. Die Schleichereien, die Leutnant Krull seit Monaten vorgenommen hat, gehen in Millionhöhe in die Millionen. Krull ist es vor allem auch gewesen, der im September die Flugzeuge für die Flieger-Abteilung 456 die seit vielen Monaten zu den Russen übergetrieben ist, geliefert hat — eine Schleicherei, die die Regierung bühnisch abstreiten wollte, trotzdem wir einwandfreie Beweise dafür erbracht hatten.

Daß Herr Leutnant Krull die Schleichereien nicht zu seinem Privatvergnügen vorgenommen hat, sondern mit Wissen und Willen des Detachements Korbach, also einer Reichswehrformation, mag durch folgendes Telegramm erhärtet werden: Leutnant Krull Continental Berlin, Cullmsee, 12. 9.

Russische Nationalhymne in Ruß, wenn möglich noch zwei andere russische Märche oder Lieder mitbringen. Postkassenhandlung Vole u. Bod, Leipziger Straße oder Parfüm oder andere Geschäfte.

Unterschrift: Sturmabteilung Korbach a. D. Koeple.

Hier wird also der einwandfreie Nachweis erbracht, daß die deutsch-russischen Verschwörer mit gewissen Reichswehrformationen Hand in Hand arbeiten. Wir haben darauf schon wiederholt hingewiesen und haben betont, daß nur mit der nachdrücklichen Unterstützung der deutschen militärischen Dienststellen das baltische Abenteuer des Räuberhauptmanns Vermond! lebensfähig geworden ist.

Daß der Nachschub nach Russland bisher noch nicht unterbrochen worden ist, sondern mit Hochdruck fortgesetzt wird, kann jetzt auch von der Regierung nicht mehr abgestritten werden. Die vielen Verschönerungen reden eine zu deutliche Sprache. Es ist für jeden Einsichtigen klar, daß auch der Übergang der tausend Mann starken Abteilung Korbach nach Taurrogan nur mit Hilfe und Unterstützung militärischer Dienststellen möglich sein konnte. Von diesen Kreisen werden bisher alle Regierungsmassnahmen gegen das baltische Abenteuer planmäßig durchkreuzt. Die Verordnungen der Regierung sind für sie nur Luft. Sie spielen der Regierung eine Komödie vor, indem sie sich immer wieder als treue Diener des Staates ausgeben, in Wirklichkeit machen sie ihre eigenen Gesetze. Und so lange die Regierung nicht den Mut findet, dieser Selbstherrlichkeit der Offizierskommande ein Ende zu machen, so lange wird der Nachschub an Menschen und Material nach Russland nicht nachlassen, und das deutsche Volk wird immer wieder von neuem in schwere Konflikte gestürzt.

Die Berliner Werbenester.

In den letzten Tagen sind in Berlin wieder neue Werbestellungen von deutsch-russischen Werbepersonen vorgenommen worden. Im Hotel Adlon wurden am Mittwoch nachmittag, gemäß unseren Angaben, Erzengel von Proletos und Leutnant Marlowe verhaftet. Die Verhaftungen wurden von der Sachabteilung der Kommandantur vorgenommen. Auch dem Bureau „Jsta“, bei dem die Werber telefonische Nachrichten hinterlegen, wurde ein Besuch abgestattet. Das Bureau ist ein Privatunternehmen, das sich mit der Vermittlung von Telefongesprächen befaßt. Bei der Durchsuchung wurde eine Menge belastendes Material für russische Werber beschlagnahmt. Ein Hauptbeschreiber, Leutnant Ditzguleit, konnte auf Grund des vorgefundenen Materials verhaftet werden. Leutnant Ditzguleit hat noch in den letzten Tagen Aufträge für 10 000 Einheitsdecken, Munition, Flugzeuge und anderes Material entgegengenommen. Es wurde auch festgestellt, daß zwischen Berlin und Riga dauernd Flugzeuge unterwegs sind. Noch am 4. November ist ein Flugzeug in dringendem Auftrag des Kommandeurs der Westrussischen Armee nach Riga geflogen.

Der Hauptbeschreiber Tscheremissinow ist bisher noch nicht verhaftet. Dieser Mann ist einer der berühmtesten russischen Werbeagenten. Er steht in enger Verbindung mit einem Leutnant, namens Weich. Das ist derselbe Herr, der im Dezember vorigen Jahres die rodu-antimilitärischen Flugblätter herausgegeben und unterzeichnet hat. Die Flugblätter heißen: „Die Juden, Deutschlands Kampfbund“ und „Warum wir Antisemit sein müssen“. Ende des Militarismus, Abhang der Judenherrenschaft. Dieser Leutnant Weich hat auch bei „Jsta“, Sibirien 1800, ein Konto unter der Nummer 799. Er ist ein Angehöriger der westrussischen Armee. Gleichzeitig ist er Vorstandmitglied des antimilitärischen deutschen Volksbundes. Daraus geht hervor, daß die nationalrussischen Parteien mit den Russen zusammenarbeiten. Sein Vater ist Vorsitzender der Deutschnationalen in Sibirien.

Wie eine Berliner Lokalcorrespondenz mitteilt, wurde am Mittwochabend ein U-Boottrupp der Eisernen Division in Berlin verhaftet. Die Führung hatte ein Leutnant Dieck. Die festgenommenen Mannschaften machten beim Verhör weitgehende Angaben über die gegenwärtigen Verhältnisse im Baltikum. Nach ihrer Schilderung kamen bis vor einigen Tagen täglich mehrere Eisenbahzüge mit Mannschaften und Material aus Deutschland an. Die Zahl der im Baltikum versammelten Truppen wird von ihnen als außerordentlich hoch angegeben. Aus den Befragungen ging weiter hervor, daß in der vergangenen Woche mehrere Transportzüge neuer Geschütze aus Oden angelangt sind. Die Mannschaften waren vollständig unorientiert über die durch das Frostschmelzen geschaffene Lage. Als man sie darauf aufmerksam machte, daß die Entente ihre Jurisdiktion unbedingt verlange, erklärten sie, daß man ihnen mitgeteilt habe die Amerikaner unterstützen die baltischen Operationen, die sich gegen die Bolschewisten richtete, mit Waffen und Material. Die Leute behaupteten weiter, daß ihre Offiziere ihnen folgenden Ausdruck des Majors Dieck bekanntgegeben hätten: „Wenn die Deutschen und die Lebensmittelzufuhr aus Deutschland abbrechen, dann holen wir uns die Nahrungsmittel mit Waffengewalt aus Ostpreußen.“

Preussische Landesversammlung.

Selbstständigkeitsrechte der Provinzen. — Kommunalförderung der Charlottenburger Wasserwerke.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände fand in der gestrigen Sitzung eine scharfe Kritik durch den Prof. Speck in den Deutschnationalen. Er glaubt sich zurückzusehen: in das 17. Jahrhundert. Wo alles auf eine Zentralisation, auf den Einheitsstaat hinarbeite, bedeute die erweiterte Selbstständigkeit der Provinzen ein Hindernis. Sie sei auch eine Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Er wisse, daß die Zeit für ein selbständiges Preußen vorbei sei und erziehe die Reichseinheit.

Ministerialdirektor Dr. Freund belagerte ihm gegenüber, daß gerade dieses Gesetz geschaffen sei, um das ergrübelte staatliche Wesen wieder zu fertigen. Die Einheit des Reichs könne nur kommen auf Grund eines freien Preußens.

Genosse Hennig rüde die realistische Vorlage in die richtige Bedeutung. Als Zweck des Gesetzes wird angegeben, den Lösungsvorschlägen entgegenzuwirken. Das habe man die wirksamer erreichen können, indem man die frühere Kassationspolitik in den gemeinschaftlichen Teilen des Landes aufgegeben hätte. Man hätte den Gemeinden und Gemeinverbänden volle Selbstverwaltung geben müssen. Die Regierung hat es hingegen sehr eilig gehabt, die Vorlage durchzusetzen. Es war das zu jener Zeit, als die Verfassung bei ihr omwalte, der Schulompromis in Weimar konnte scheitern. Da sollte das Gesetz dem Zentrum auf dem Umwege über die Provinzen die vollständige Verfügung über die Schulen sichern. Nachdem die Reichsversammlung jedoch nach dem Wunsch des Zentrums unter Dach und Fach gebracht ist, hat es für dieses sehr an Wert verloren.

Wie können so weit gehen, den Provinzen gewisse Rechte einzuräumen. Darüber zu beschließen, wird aber an der Zeit sein, wenn die Verfassung, wegen im ganzen bröckeln werden. So, wie der Entwurf jetzt aussieht, sind allerdings die schweren Bedenken berechtigt, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden stark beeinträchtigt wird. Diese Gefahr ist um so größer, als die Provinzialvertretungen nicht so demokratisch zusammengesetzt sind, wie wir es fordern müssen. Wie weit hingegen die Demokratie der Regierung geht, haben wir in Schmallohe n gesehen, wo sie den von der Mehrheit gewählten Genossen Vogt her nach b-jüht hat. Noch traster liegt es im Saalekreis. Dort haben die Reichssozialisten — auch nur durch einen Zufall — von 86 Sitzen einen einzigen inne. Trotz dieser verwindenden Minorität wird der Verdrößer ein Mann dieser Partei als Landrat aufgestellt.

Wir verlangen eine einheitliche Gesetzgebung für das Saaleganze. Diese wird gerade durch das vorliegende Gesetz gefährdet. Wir verlangen vor allem auch volle Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände und nicht zuletzt, daß die große deutsche Volksgemeinschaft in sozialistischem Geist zusammengefaßt wird. Dann werden wir das große, partei und einheitliche Reich haben, dem eine kräftige Aufwärtsentwicklung möglich ist. (Beifall.)

Da in der zweiten Beratung eine Reihe Änderungen beschlossen wurden, wurde die dritte Beratung und die endgültige Abstimmung schließlich vertagt.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspann sich dann darüber, ob in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke eingetreten werden soll. Demotendwort aus dieser Debatte ist, daß der Verlagsantrag vom Zentrum, also einer Regierungspartei, gestellt wurde, um die Vorlage auf den Saal Nationalversammlung zu verschleusen. Unsere Fraktion, die rechte Seite und auch die Reichssozialisten warben sich entschieden dagegen. Die Demokraten machten ein Hehl aus ihrer Abneigung gegen jede wie immer geartete Sozialisierung. Neben diesem mehr häuslichen Streit zwischen den Volksrättern herrscht eine von dem dem bekannten Scheinsozialisten Deilmann dabei enthaltene Tarnede feigheit zu weichen. Er behauptete — und ihm ist hier einmal zu glauben —, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß das längere veränderte Reichskommunalisierungsgesetz sich noch im tiefsten Stadium allererter Vorbereitung befindet und daß noch kein Zeitpunkt angegeben werden kann, wann es in der Nationalversammlung eingebracht werden wird. Sicher würden darüber noch Monate vergehen. So sieht also der Sozialisierungsplan der Reichsregierung aus, den marxistisch-ererbte Patate in den Märztagen vorzutauschen suchen.

Die Beratung wurde beschlossen. Der Scheinsozialist Heilmann gebürdete sich als eifriger Förderer von Sozialisierungsmaßnahmen. Es handelte sich hier um die Befestigung eines Ausbeutungsmonopols, das zustande gekommen sei unter Druck früher mit den Gemeinden abgeschlossener Lieferverträge. Heilmann polemisierte dann gegen unsere Genossen Rosenfeld, dem er vorwarf, daß er als Vorsitzender des vorverordneten Ausschusses nicht den Eifer für die Verwirklichung des „echten preussischen Sozialisierungsgesetzes“ entwickelt, wie er — Heilmann! — glaube erwarten zu dürfen.

Genosse Rosenfeld wird heute Gelegenheit nehmen, unsere Stellung zur Vorlage darzulegen und auf Heilmanns Anwürfe zu erwidern.

Die starke Faust.

Während gestern Abend die Regierung den kommenden Tagen mit ernster Sorge entgegen sah, kann sie heute erleichtert aufatmen, so beginnt die „Post“, das berüchtigte Scharfmacherorgan, ihren Leitartikel vom Donnerstagabend. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt zu dieser Zeit mit, daß der Plan zum Generalstreik endgültig aufgegeben worden sei. Freilich hätte die Regierung schon am Donnerstag Morgen aus der „Freiheit“ entnehmen können, daß die ausführenden Organe der Arbeiterorganisationen die getroffenen Vorbereitungen für den Generalstreik rückgängig gemacht hätten. Durch die Aufhebung des Generalstreikbeschlusses ist aber offenbar den Militärs ein wohl vorbereiteter Plan zerstört worden. Auch sie hatten ihre Vorbereitungen getroffen. Und nun sollten sie zwecklos bleiben?

Nur eine starke Faust könnte hier helfend eingreifen, so rief die „Deutsche Zeitung“ aus. Die Militärs ließen sich das nicht zweimal sagen, und die Regierung unterwarf sich willig ihrem Diktat. In unserer gestrigen Abendausgabe hatten wir mitgeteilt, daß vom Generalkommando Lüttich den Offizieren Befehl erteilt worden war, alle Funktionäre der Streikleitung und der Fünftehner-Kommission im Laufe des Donnerstags Nachmittags zu verhaften. Dieser Befehl ist inzwischen ausgeführt worden, trotzdem hat eine amtliche Meldung die Freiheit, zu behaupten, unsere gestrige Meldung im Abendblatt habe zum Generalstreik. Ueber die sonstigen Vorbereitungen unterrichtet folgendes Geheimdokument:

Berlin, den 6. November 1919.

Reichwehrgruppen-Kommando I. Allgemeine Lage.

Nach den in letzter Zeit übereinstimmend eingegangenen Meldungen beabsichtigt die R. V. D. in Gemeinschaft mit der U. S. V. D. unter Vorbehalt wirtschaftlicher Forderungen die Arbeiterschaft Berlins zum Eintritt in den Generalstreik zu veranlassen. Eine besondere Begünstigung zur Durchführung ihrer Ziele erbliden die Parteien in den Zusagen der Arbeitgeber der Metallindustrie gefällten Schiedsspruch, der den Forderungen der Arbeiterschaft in keiner Weise gerecht wird. Wie aus den Sitzungen der „Fünftehner-Kommission“ bekannt geworden ist, haben sich alle Delegierten für den Generalstreik ausgesprochen. In dem gleichen Sinne hat sich der Vollzugsrat entschieden. Auch die Eisenbahner haben sich in einer in der Nacht vom 4. zum 5. November abgehaltenen Geheim Sitzung mit den Metallarbeitern solidarisch erklärt und sind bereit, in einen Sympathiestreik einzutreten.

Die Lage ist als äußerst ernst anzusehen und das Reichswehrministerium verfügt:

Die sofortige Vereinstaltung der technischen Rosthilfe hat sofort zu erfolgen.

Von den Zeitfreiwilligen-Kompagnien sind zum Schutze der „Technischen Rosthilfe“ die 1., 2., 3., 4., 6., 9., 11. und 12. Kompagnie unter dem Kommando des Herrn Major von Kustsch heranzuziehen.

Wird durch Telefonbefehl unter dem Stichwort: „Generalstreik“ bekanntgegeben.

Da mit einer Verkehrsunterbindung gerechnet werden muß, stellt das Reichwehrgruppenkommando I 50 Lastkraftwagen unter militärischem Schutze zur Verfügung der Mannschaften der „Technischen Rosthilfe“ und der arbeitswilligen Bevölkerung zur Verfügung.

Wesentlich ist aus diesem Dokument das Eingeständnis des Generals Lüttich, daß der Schiedsspruch in der Metallindustrie zugunsten der Unternehmer gefällt worden ist, und daß er in keiner Weise den Forderungen der Arbeiterschaft gerecht wird. Ferner wird zugegeben, daß der beabsichtigte Generalstreik lediglich eine Unterstützung der in schwerem wirtschaftlichen Kampfe stehenden Metallarbeiter zum Zwecke hatte. Trotzdem habe das Reichswehrministerium es für notwendig erachtet, alle Maßnahmen zur Niederdrückung der Giffaktion der gesamten Berliner Arbeiterschaft für die Metallarbeiter zu treffen. Erst am Donnerstag, da schon allgemein bekannt war, daß die Vorbereitungen zur Durchführung des Generalstreiks wieder rückgängig gemacht waren, ist dieses Dokument ausgegeben worden.

Aber Herr Noske hat sich damit nicht begnügt. Er hat den Rat der „Deutschen Zeitung“, mit der er vollkommen übereinstimmt, wenn es gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter gehen soll, befolgt und die starke Faust gezeigt. Das Wolffsche Bureau vorbereitete Donnerstagabend folgende offizielle Mitteilungen:

Die Regierung gegen die Streikheher.

Der Oberbefehlshaber ist gegen die Stellen, die versucht haben, die Arbeiterschaft unter wahrheitswidrigen Angaben zum politischen Generalstreik aufzurufen, mit der Schärfe vorgegangen, die die außerordentlich gefährdete Lage der Lebensmittel- und Kostenvorsorgung des Volkes erfordert. Unter anderem ist das Parteibureau der Berliner Unabhängigen militärisch besetzt worden. Bei der vom Oberbefehlshaber angeordneten Untersuchung ist sehr viel belastendes Material aufgefunden worden, das über den Umfang der intensiven Tätigkeit der U. S. V. D.-Parteileitung bei der Streikhebe und ihre Verbindung mit den Kommunisten informiert. Ferner ist die Versammlung der Strahenbahnler, in der entgegen dem wieder in Kraft getretenen Erlaß des Oberbefehlshabers, der die Aufforderung zum Streik in lebenswichtigen Betrieben verbietet und unter Strafe stellt, zur Arbeitsniederlegung aufgefordert wurde, militärisch aufgelöst worden. Außerdem ist der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins, der bekanntlich nur aus Unabhängigen und Kommunisten besteht und seine durch die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu benutzt hat, um Unruhe und Zwiespalt in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen, der auch den zum politischen Generalstreik aufrufenden Aufstuf in der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ mit ungelächter hat, aufgelöst worden. Weitere Maßnahmen gegen Personen, die die Triebkräfte der Streikhebe sind, stehen noch unmittelbar bevor.

Zur Unterföhlung dieser Mitteilungen ist gestern noch folgende amtliche Meldung ausgegeben worden, die offenbar alle Spieghbürger grüßlich machen sollte:

Die Zentralstelle der Einwohnerwehren beim Ministerium des Innern richtet an die Einwohnerwehren Groß-Berlins folgende Mitteilung: Nach hier vorliegenden Meldungen beabsichtigen die Rastbatalen in der Zeit vom 6. bis 11. November die Waffendepots der Einwohner-

wehren auszuheben. (1) Die Mitglieder der Einwohnerwehren werden darauf hingewiesen, sich während dieser Zeit bereitzuhalten, um bei einem Alarm schnellstens zur Stelle zu sein.

Schließlich wird offiziös noch mitgeteilt, daß alle die von dem Oberkommando Noske getroffenen Maßnahmen auf den Aufruf der „Freiheit“ vom Mittwoch zurückzuführen seien, der zum politischen Generalstreik aufgefördert habe. Er sei der Beginn einer revolutionären Aktion gewesen, da er durch einen Sturz der Regierung die politischen Ziele der Unabhängigen und Kommunisten verwirklichen sollte. Die revolutionären Elemente sähen ihre Zeit gekommen. Das ginge schon daraus hervor, daß in der Nacht Zettel angeklebt worden seien, die zum Besuch von Versammlungen unter freiem Himmel aufgefördert hätten.

Es ist nicht notwendig, gegen diese tendenziösen Mitteilungen, die den Stempel der Spiegelmache an der Stirn tragen, viel zu bemerken. Nur zu der Behauptung, daß der Aufruf vom Mittwoch zum politischen Generalstreik aufgefördert habe, sei folgendes gesagt: In dem Aufruf heißt die in Frage kommende Stelle wörtlich:

„Die sozialrevolutionären Parteien, die U. S. V. und R. V. D., unterstützen den jetzt politisch gewordenen Kampf. Die Führer der Rechtssozialisten verweigern die Hilfe, obwohl es

Funktionäre des Metallarbeiterverbandes!

Heute vormittag 10 Uhr

Generalversammlung

in der Vorkrauerer, Fidiuinstraße.

Näheres Inserat.

nach ihren eigenen Worten um das beschriebene Mitbestimmungsrecht geht.“

Was soll diese Stelle in Wirklichkeit bedeuten? Es wird darin gesagt, daß durch die Schuld der Unternehmer, die den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht und die freie Wahl ihrer Vertrauensleute rauben wollen, der Kampf einen politischen Charakter angenommen habe. Statt nun aber dafür zu sorgen, daß die Unternehmer in die ihnen gebührenden Schranken zurückgewiesen werden, greift die Regierung in den Kampf ein und führt alle militärischen Gewaltmittel einseitig gegen die Arbeiter auf, so die Ansprüche der Unternehmer unterstützend. Das tut dieselbe Regierung, die in ihrer Mehrheit sich aus Rechtssozialisten zusammensetzt, die doch aus ihrer eigenen Vergangenheit wissen müßten, daß die Unternehmer und der Klassenstaat bisher noch jeden Streik zu einer politischen Nachtprobe zu stampeln versucht haben.

Die Arbeiterschaft, auch die jetzt noch der rechtssozialistischen Führung folgende Minderheit, sollte aus diesen Vorgängen lernen. Wenn es um den Kampf um die Grundrechte des Proletariats geht, dann ist das gesamte Bürgertum einig, dann zeigt es den Arbeitern die geballte Faust. Wie lange noch wird ein Teil der Arbeiter dem andern bei dem Kampf um ihre wichtigsten Rechte in den Rücken fallen?

Der Metallarbeiterstreik.

Kollegen und Kolleginnen!

Die Maßnahmen der Regierung und das wüste Treiben von Gegnern des Generalstreiks in Verbindung mit der Einigkeit bekannten Pressehebe hat den Generalstreik verhindert. Eine ausführliche Berichterstattung darüber muß den Kollegen in der Generalversammlung und später in Betriebs- und Abteilungsverfammlungen gegeben werden. Allen Kollegen, die sich in dem Sympathie- oder Solidaritätsstreik befinden, teilen wir mit, daß auch über die Verdrängung, bzw. Weiterführung des Solidaritätsstreiks die Generalversammlung zu entscheiden hat. Die Fünftehner-Kommission ist nicht ermächtigt, Änderungen des Generalversammlungsbeschlusses vorzunehmen.

Sitzung der Fünftehner-Kommission 1½ Stunde vor Beginn der Generalversammlung. Wie vor der letzten Generalversammlung. Um größte Pünktlichkeit wird gebeten.

Die Fünftehner-Kommission.
Das Metallkartell.

Eine neue Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministers.

Der Reichsarbeitsminister hat, wie eine bürgerliche Korrespondenz meldet, gestern wiederum einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht. Er hat beide Parteien zu einer Besprechung eingeladen. Am heutigen Freitag werden sich sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter zu entscheiden haben, ob sie der Aufforderung des Arbeitsministers Folge leisten wollen oder nicht.

Funktionärerversammlung der Eisenbahner.

Am Donnerstag abend wurde in der Funktionärerversammlung des Bezirks Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftskommission am Mittwoch erstattet. Link, Knebel und Söfusse schloeren, teils in recht bewegten Worten, was sie dazu geäußert hätten, gegen den Generalstreik zu stimmen. Der Augenblick der Zustimmung sei der Schwere ihres Lebens gewesen, aber mit Rücksicht auf die Sabotage der Rechtssozialisten, die sich immer wieder in der Rolle der Gelben geüben und in Anbetracht der Tatsache, daß durch die Kohlen- und Kartoffeltransporte die Welt der Eisenbahner als „Ich-müßig“ gelten würde, hätten sie nicht anders stimmen können. Andererseits müsse den streikenden Metallarbeitern weitgehendste materielle Unterstützung zuteil werden. Es wurde beschlossen, daß sämtliche Mitglieder durch Presse und Handzettel aufgefordert werden sollen, mindestens einen Stundenlohn wöchentlich an den Metallarbeiterverband abzuführen. Die Sitzung des Verbandsvorstandes in der Frage des Generalstreiks wurde sehr scharf kritisiert. Daß dieser durch ein Telegramm an die unbefugten Vorstandsmitglieder diese gegen den Streik beeinflusst hat, wurde einstimmig verurteilt. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit der Beschwädungskommission zu

überweisen. Zum Schluß der Sitzung wurden Anträge zu der am Sonntag stattfindenden Generalversammlung durchberaten.

Die Unternehmer gegen die Arbeiterrechte.

Wie die Unternehmer ihr Versprechen, die Rechte der Arbeiterräte werden durch den Streik und dessen Beendigung nicht berührt, einhalten, geht aus folgendem Vorkommnis hervor:

Ein Arbeiterrat des Siemenskonzerns meldete sich bei seiner Betriebsleitung, um seine bisherige Tätigkeit wieder aufzunehmen. Auf die Frage des Betriebsleiters, ob er gewillt sei, die Arbeit so ort wieder aufzunehmen, erklärte er, daß dies der Zweck seines Kommens sei. Darauf wurde ihm von dem Betriebsleiter bedeutet, es sei natürlich gar nicht daran zu denken, daß er seine bisher ausgeübte Tätigkeit als Arbeiterrat wieder aufnehmen könne, sondern er müsse wie jeder Arbeiter wieder produktiv tätig sein. Das einzige Zugeständnis, was man machen könne, sei, daß man ihm täglich ein bis zwei Stunden für die Tätigkeit als Arbeiterrat vergüten könne. Unter diesen Umständen verweigerte der Arbeiterrat natürlich auf die Wiederannahme der Arbeit, er war gezwungen, den Betrieb unverrückter Sache wieder zu verlassen.

Daraus ist zu ersehen, wie berechtigt das Mißtrauen der Funktionäre der Metallarbeiter gegenüber den verlausulierten Versprechungen der Unternehmer ist, wie es ja in der am Schluß der letzten Generalversammlung zum Ausdruck kam.

Ankündigungen.

Obleute der Streikenden. Die bereits angekündigte Sitzung der Obleute findet wegen der zu gleicher Zeit stattfindenden Generalversammlung nicht statt. Die nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben. Fünftehner-Kommission.

Liania-Werk. Sonnabend um 10 Uhr vorm. Versammlung und Abgabe der Streiktempelkarten. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen im Streiklokal.

Orenstein u. Koppel, Spandau. Sonnabend um 12 Uhr bei Schwabe, Seegfelder Straße Betriebsversammlung. Quittungen unterschreiben.

Meindau Siemens-Schuckert. Sonnabend von 9—11 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen. Rückzügler müssen bis Ende nächster Woche warten.

Wahrung! Einowert S. S. Werke. Sonnabend 10 Uhr findet in der Krone, Alt-Moabit, eine Betriebsversammlung statt. Es ist Pflicht jedes einzelnen zu erscheinen, da zu gleicher Zeit Streikkontrolle dort aufsteht wird.

Akkumulatoren Ober-Säbaweweide. Sonnabend im Streiklokal Krankengeld bezahlen. Matenauftr. 6.

H. B. K. Werk Ober-Säbaweweide. Diejenigen Kollegen, die im Fabrikarbeiter-Verband organisiert sind, haben am Sonnabend bis 11 Uhr vormittags die alten Streikarten abzugeben und am Montag die neuen Karten in Empfang zu nehmen.

Weiß u. Samel. Freitag nachmittags 2 Uhr Versammlung im Streiklokal.

Dalmier, Mariensfelde. Freitag um 12 Uhr Auszahlung der Unterstützung im Speiseaal. Funktionäre um 11 Uhr Sperlingslust

Keyling u. Thomas. Freitag vormittags 10 Uhr Quittungen unterschreiben. Nachmittags 2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre.

H. Handmayer, Kellermann, Grundmann u. Ruhn. Freitag vormittags 9 Uhr Betriebsversammlung. Prof. Proff. Buxterhauener, Ecke Widoelkstraße.

Jannungschmiede und Schmiede der Fuhrgeschäfte. Das Streiklokal ist Mulackstraße 32 im Lokal. Laut Generalversammlungsbeschluss haben sich alle Kollegen täglich von 8—12 Uhr vormittags dort zu melden.

Eisenkonstruktionsbranche. Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, Vertrauensmännerkonferenz bei Hummel.

Obram-Werk. Für die im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen Freitag und Sonnabend Quittung unterschreiben 9—11 Uhr. Freitag 2 Uhr Vertrauensleute-Konferenz im Streiklokal.

Obram-Werke. Schwerebeschädigte am Freitag vormittags 9 Uhr Versammlung bei Vöhr, Stralower Allee 47.

Kollegen Spandau. Die Extraversammlung „Die Weber“ findet bestimmt am Sonnabend, den 8. November, nachmittags 4½ Uhr, im Neuen Stadttheater statt. Die Vons müssen bis Freitagabend im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Noltestraße 7, abgerechnet werden.

H. G. W. Glühampfenfabrik. Freitag 9—11 Uhr Quittungen unterschreiben. Sonnabend von 12—4 Uhr Streikgeldauszahlung in bekannten Lokalen.

Schwarzkopff-Arbeiter Wilbau, S. M. H. G. Sonnabend vormittags 9—12 Uhr im Kasino Wilbau Quittungen unterschreiben.

Dynamowerk, Siemens-Schuckert. Heute Freitag früh 8 Uhr Betriebsversammlung im Stadtpark Jungfernheide. Neuberger wichtige Tagesordnung.

Das Befinden des Genossen Haase war bis gestern

abend unverändert.

SELBST IN DEN HÖCHSTEN KREISEN



LIEST MAN DIE

FREIE WELT.
HEUTE NEU!

REVOLUTIONSNUMMER
ZUM 9. NOVEMBER

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

K. P. D. (Spartakusbund) Bezirk Groß-Berlin.

Arbeiter! Genossen! Proletarier!

Heute, 7. November, vormittags 10 Uhr:

Massen-Versammlungen

„Der Jahrestag der russischen Revolution.“
„Die Weltrevolution.“

Humboldthain — Parkane-Dichtenberg — Friedrichshain — Treptow-Spiewiese.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Ollowplatz.
7 Uhr: **Wilhelm Tell**

Opernhaus
7 Uhr: Der Barbiere von Sevilla

Schauspielhaus
7 Uhr: Heimat

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt
Zum ersten Male:
7 Uhr: **Jakobs Traum**

Kammerspiele
U. U. Gespenstersonate
Direktion:
Carl Reinhard — Rud. Bernauer
Theater 1-6

Königsgrüner Straße
6 Uhr: Kameraden
Sob. Schlußfeier
Sonntag nachm.: Erdbeben

Komödienhaus
6 Uhr: Liselott von der Platz

Berliner Theater
7 Uhr: **Sommer-Studenten**

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barzowsky
7 Uhr: **Peer Gynt**
Sonntag 7 Uhr: Frau die Jule

Deutscher Kunst-Theater
Altebändel 7: Cyprionne
(Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, Frisch Walter)

Wald a Theater
7 Uhr: Eine Frau wie Du

Trianon-Theater
Bahnhof Friedrichstraße.
Zentrum 4027, 2301.

Täglich M. Skerado.
48 Uhr:
Sonntag 4 Uhr: Aschebrödel
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer

Residenz-Theater.
Stadthaus Jannowitzbrücke
Täglich **D. höhere Leben**
Sonntag 4 Uhr: Hensel u. Gretel
Sonntag 4 Uhr: Der ewige Fuß

Königsstadt-Theater
Alexanderstr. 21.
Täglich 7 Uhr: Spezialitäten
und Varieté-Burlesken
„Bakter wider Willen“

Casino-Theater
Lehrterstr. 87, Täglich 7, 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit
Großstadt-Pflanzen

Dann „Schwarzwaldfibel“
Operettenakt mit Viktor Litzke
und seine eracht. Spezialitäten.
Str. 3 U. Eisenacher-Klosterstr.

Wintergarten.
täglich 7 1/2 Uhr
Variévorstellung
Damen-gesellschaft

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Abendlich
1/2 Sonntag 3 1/2 u. 7
Die Welt im Jahre 2000
Sonntag 3 1/2 u. 7 Uhr:
1 Kind frei.

Theater am Kolonnen Ter.
7 1/2 Uhr u. Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Sitte-Sänger
9 Uhr: Mittl. der
Steiner Sänger.
Neues
Programm!
Singen-Konert.
Beg. 2 1/2 Uhr.
Vorl. 11 Uhr 10 Min.

Circus Busch

Täglich 7, 8, 9 u. 7 1/2 Uhr
Neue Spezialitäten
u. a.
mit seltenen Leistungen
Erhalten auf 2 1/2 Stadi-
en (Pferde) auf der ganzen Welt!
weltweite Premiere!
U. a. **„Aprodit“** 7 Uhr
Besonders hervorzuheben:
Lebhaftes Karnevalstreiben m.
pomponischem Feuertanz-Ballett.

MARMOR HAUS

Mit Riesenerfolg
4. Woche
und unwiderstehlich
letzte Woche verlängert
Berlins
Tagesgespräch:
Der Kolossa-film

Pest in Florenz

Kritikenschauspiel
der italienischen
Renaissance.
Regie: **Otto Rippert**
Vorverkauf 11—1 Uhr

THEATER AM MORITZPLATZ

Ab Freitag, 7. Novbr.
Erst-Aufführung
des gewaltigen Sitten-Dramas

Wahnsinn

mit **Conrad Veidt**,
Reinhold Schünzel
außerdem das lustige Bei-
programm.

Fortuna-Lichtspiele

Ab heute bis Montag
Die Lichtschau
Dame
Sensations-Drama in
6 Akten
nach dem bekannten
Roman v. George Ohnet
Dazu
Artur Meiers
11. Winterwochen
Lustspiel in 3 Akten
612 und 812

Wohnzimmer,

Schlafzimmer, Speisezimmer,
Piano sucht
Blick. Wankwitzstr. 1.

PRATER-LICHTSPIELE

Kastanienallee 7-9
Ab 7. November
Prinz Kuckuck
6:30 und 8:30 Uhr

Residenz-Lichtspiele

Bismarckstr. 10, neben Residenz-Theater
Die Arche II. Teil
(Die letzten Menschen)

Zochers Lichtspiele und Kaffee

Wrangelstr. 53, Engass Falkenauer Straße 111
im Kino bis einschließlich Montag:
Die Dame im Pelz
Abenteuerroman mit Ellen Ury u. Wilh. Kaiser
Paul Heidemann Der Kommandeur seiner Frau

Schaubühne Moritzplatz

früher „Buddenbrunn“
Täglich 8 u. 9 Uhr
Große internationale Ringkämpfe
unter Beteiligung
der besten Ringer
der Jetztzeit
Gesamtpreis
15000 Mark
Vorher das
Bigan-Variétéprogramm
6 Attraktionen
Anfang 7:30 Uhr
Alle Nähere durch den
täglich. Säulenausschlag.

Neu eröffnet! Im Kaffee

Musikalisches Orchester, der allbekanntesten
Kapelle Feize, bei freiem Entree.

Zigarren

rar. rein Uebersee
von **650 Mk. an**
Gold Fink 295,-
Navy Cut 245,-
dicke Türken
sowie deutsche Marken
Nordhäuser
Kautabk. 1. Roll u. Stang.
Jedes Posten abgeben.
Zigarren-Haus
Gebr. Schanzer,
Friedrichstr. 245. Hall. Tor
Alexanderstr. 9 N. Pol.-Pr.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter u. Ge-
schlecht angebend. Anst. u. un-
Sanis-Versand. Waisen 1. H.

Schwerhörigkeit

Ankunft erweist bei
Hörtrömmeln.
Negerum und un-
sichtbar zu tragen
Hörtrömmeln.
Sanis-Versand, Waisen 1. H.

Ankauf von Zahngelassen

J. Weinstock G.m.b.H.
Möhrenstraße 16
Alexanderstr. 14a
Charlottenburg, Stuttgarter
Platz 5

Ankauf von Juwelen

zu vollem Taxwert
J. Weinstock G.m.b.H.
Möhrenstraße 16
Alexanderstr. 14a
Charlottenburg, Stuttgarter
Platz 5

Platin Gold u. Silber

kauft zu hoch. Tageskurs
J. Weinstock G.m.b.H.
Möhrenstraße 16
Alexanderstr. 14a
Charlottenburg, Stuttgarter
Platz 5

Küchen

solange Vorrat reicht
Mk. 360
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
In allen Preislagen nur in der
Möbelhalle „Berolina“
(Hilber-Nibel-Liedl, Ostern)
Alexanderstraße 14b.

1. Neuköllner Gold- und Silber-Schmelze, Metallhandlung M. Schulz, Nchf.

Reuterstraße 25
(unweit Hermannplatz)
Fernr. Nr. 3. 891.
Ankauf
Goldbruch, Silber und Nitrat.
Queck über, alte Treppen,
Sicherheitskassen, Zahnablässe,
Platin, edelmetallene Ige Rück-
stände, für Händler schnell zu
Ausarbeitung.

Metallankauf

Kupfer, Messing, Zinn usw.
Gold, Silber, Platin, Metall-
schmelzwerk, Wankwitzstr. 76.

Freiheitleser Neuköllns!

Am 3. November haben wir eine
zweite Spedition
in der
Emjer Straße 32

eröffnet. Zur alten Spedition
Nackelstraße 5, gehören die Be-
zirke 7-9, desgleichen Bezirke
19-20, 23 und 24 und ein Teil
des 11. Bezirks links der Kaiser-
friedrichstraße. Zur neuen Spe-
dition, Emjer Straße 32, ge-
hören der Bezirk II rechts der
Kaiser-friedrichstraße, sowie die
Bezirke 10, 12-18, 21 und 22.

Alle Wünsche, Beschwerden sowie Neu-
bestellungen auf die „Freiheit“ bitten
wir nunmehr in der in Frage kommenden
Spedition aufzugeben. Wir werden be-
müht sein, für eine pünktliche und ge-
wissenhafte Betteferung der Abonnenten
Sorge zu tragen.

In beiden Speditionen werden noch einige
organisierte Botenfrauen
eingestellt.

Die Spediture:

Schindler, Spedition Neckarstraße 3.
Kreger, Emjer Straße 32.

Hörnervorgänge

Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend Fällen
glänzend bewährt.
In Apotheken und Drogerien zum Preise von Mk. 1.50 erhältlich.
Lassen Sie sich nichts anderes aufdrücken, es gibt nichts Besseres.
Engros-lager H. Barkowski.

Alteisen,

Maschinen, Metalle kauft höchstzahlend
Ludwig Koepfer,
Landsberger Straße 77, Köpenick 7362.

Zigaretten

Ständiges Lager in rein orientalisches
ägyptischen Zigaretten von M. 220. — per Millie
zuwärtig.

Capstans Navy Cut Mk. 285. —.
H. Guffmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22. 9-5 Uhr.

Achtung!

Platin Gramm bis 95. — Mk.
Gold, Silber, alte Zahnablässe, Brillanten,
sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft
man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N 54, Brunnenstr. 165
Amt Humboldt 3450.

Zahnver. 3 M.

Durch günstigen Einkauf:
Umarb., Rep. sofort. Gold-
kronen, Brücken in bester
Ausführung. Sprechst. 9-6.

Spezialbehandlung

C. Weissert, Invalidenstr. 147
1. Etage, Ecke Uferstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
**Kostenlose Untersuchung und Beratung über
sachgemäße Behandlung**
Sprechstunden 10-12 und 4-6. Sonntags 10-12.

DIE WELTBÜHNE

Der Schaubühne XV. Jahr
Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft
Herausgeber: **Siegfried Jacobsch**

Nummer 46 6. November 1919

Heinrich Strübel: Untersuchungsansatz
Ein Stabsoffizier: Schließen
Hermann Wendell: Habsburgs Schuld
Ferdinand Nibel: Die Valuta der Mora
Alfred Polgar: Ritualmord in Ungarn
Kaspar Hauser: Ravennas- und Schlick
S. J. Schluß Weltstein
Antworten

Heinrich Pirnax: Zum Neunten November
Ignaz Wrobel: Levians Auslieferung
Peter Pantzer: Ka serbilder
Validus: Die Konstantin
Das billige Deutschland

Vierteljährlich 11. — Mark halbjährlich 21. — Mark.
Jährlich 40. — Mark Nummer 1. — Mark. Probenummer
gratis vom Verlag: Charlottenburg, Bernburg-
straße 25 (Wibbel 1943).

Kupfer, Messing, Quecksilber,

Platin, Gold, Silber, Altmetalle kaufen
PETERS, Französer Str. 24, Neue Köpenick 57.
MOEBUS, Weidstr. 3 G. ERMEL, Gubenstr. 28.
DEGENER, Schöneberg, Bah str. 46.
W. HAASE, Sackstr. 95 A, Ecke Landsitzer Platz.

Platin

80. — Mark, Brillanten, Perlen,
Gold, Silber kauft
Fuß, Seydelstr. 32 (Eckhaus Spittelmarkt).

Spezial-Arzt

für Geschlechts-, Haut-, Harn-,
Frauenleiden, speziell vererbte
harnische Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin-
und Harnuntersuchungen. : : : Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior, Spezial-Arzt
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Ecke Lindenstraße,
61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Platin

Gramm bis
M. 96. —
Quecksilber
Kilo bis
M. 55. —
Kupfer
Sämtliche Altmetalle
Zahnablässe
Einkaufsstellen
Metal schmelze Gohn
Zahnablässe
1) Brunnen- Nr. 41
2) Bahnhofsstr. 2
3) in der S. 111. Kellere-
Friedrich-Str. 2-9
Gut's Hermannstr. 21
Tel. Nord. 134. Neukölln 1114.

Platin

bis
M. 96. —
Quecksilber
bis
M. 55. —
Messing
Kupfer
Sämtliche Metallabfälle!
Zahnablässe kauft zu
den höchsten
Fabrikpreisen
Metal schmelze Gohn
FENNSTRASSE 48
Tel. Nord. 23. 4 und
BEUSELSTR. 29.

Platin

gramm
95 Mk.
kauft
Metallkontor
Alte Jakobstr. 135
Merzstr. 128

Die U-Boot-Verbrecher.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Siebzehnter Tag, Donnerstag, den 6. November.

Vors. Abg. Warmuth eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Sachverständiger Gelehrter von Romberg bittet, vor der Vernehmung des Admirals Koch einige Fragen an den Grafen Bernstorff richten zu dürfen.

Romberg: Graf Bernstorff stand auf dem Standpunkt, daß Wilson uns verhältnismäßig günstig gestimmt sei, während in Berlin das schwerste Mißtrauen bestand. Ich habe den Eindruck, daß zwischen der Votschaft in Washington und der Zentralstelle in Berlin in dieser wichtigsten Zeit nicht immer die notwendigste Verständigung bestand, daß man einander vorbereitete telegraphiert hat. Das lag an den Verkehrsbeschwerden. Wäre der Votschaft nicht in der Lage gewesen, einmal nach Deutschland zu reisen, oder wenigstens einen Beamten der Votschaft nach Deutschland hinüber zu schicken? Welche Schritte hat er getan, um bei der amerikanischen Regierung eine solche Forderung durchzuführen?

Graf Bernstorff: Unser einziges Kabel war zertrübt worden. Sämtliche Schiffe mußten in England anlaufen. So blieb uns nur der drahtlose Weg. Die amerikanische Regierung hat sich zu Anfang auf den Standpunkt gestellt, daß die drahtlose Station vor dem Kriege nicht in vollem Betriebe war, und daß sie nach den Bestimmungen der Haager Konvention nicht erweitert werden dürfe. Auch französisches Kapital war daran beteiligt, und die französischen Rüstwerke verlangten sofort die Schließung der Station. Die amerikanische Regierung nahm darauf die Station selbst in Verwaltung und verlangte, daß sie von allen Telegrammen Kenntnis erhielt. Wir durften diffizieren, mußten aber die Chiffre bei der amerikanischen Regierung deponieren. Diese Kenntnis also den Inhalt unserer Depeschen, der allerdings der Entente verheimlicht wurde; ob es wirklich der Fall war, kann ich natürlich nicht behaupten. Es bestand die Absicht, den jetzigen Untersuchungssekretär Albert auf dem Unterseeboot Deutschland nach Berlin zu schicken. Diese Reise scheiterte aber an dem Einspruch des Kapitäns Kömig. Ich selbst konnte natürlich nicht weg, die Entente würde mich nicht durchgelassen haben. Die amerikanische Regierung hat den Verhältnissen in gewisser Hinsicht Rechnung getragen, indem sie Gerard nach Amerika entsandte.

Romberg bittet den Staatssekretär a. D. Zimmermann um Auskunft über die Verkehrsbedingungen, wie sie sich in Berlin verhielten.

Zimmermann: Ich habe mich mit Gerard darüber unterhalten, ob es nicht möglich wäre, ein größeres Entgegenkommen herbeizuführen. Gerard erklärte, daß seine Regierung die Neutralität nach außen hin wahren müsse. Es könne von der Entente nicht unterstellt werden, wenn wir zu häufig von dem amerikanischen Kabel Gebrauch machten. Infolgedessen waren wir verpflichtet, unsere Korrespondenz mit dem Votschaftler möglichst zu beschränken. Der funktionselektrische Verkehr war für geheime Nachrichten durchaus ungeeignet. Wir hatten das Mißtrauen, daß unsere diffizienten Depeschen sofort der Entente bekannt gegeben würden. Die Heimschicht des Geheimrats Albert Scheiterte, weil die Gesellschaft, der das U-Boot-Geheimnis anvertraut war, sich nicht mit der amerikanischen Regierung absprechen konnte.

Abg. Schilling: Sagen Sie in dem Verlaufe der amerikanischen Verhandlung in diesem Falle eine unfeindliche Handlung?

Graf Bernstorff: Wir waren der Ansicht, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung falsch sei. Diese glaubte, sie könne nach der Haager Konvention nicht anders handeln. — Auf eine Anfrage des Sachverständigen Dr. Doehlich erklärt Graf Bernstorff weiter: Die Chiffre wurde nicht so oft gewechselt, wie das unter normalen Verhältnissen geschehen wäre. Wäre der Verkehr nicht unterbrochen worden, so würden wir monatlich oder alle zwei Monate einen Wechsel vorgenommen haben. Wir haben nur durch die beiden Reisen der Deutschland neue Chiffren erhalten. Später erfuhr ich, daß die Engländer unsere funktionselektrischen Telegramme dechiffriert haben.

Dr. Doehlich: Von Verrat oder Leichtsinnigkeit ist also keine Rede?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht an Verrat oder Fahrlässigkeit.

Die Vernehmung des Admirals Koch.

Darauf erfolgt die Vernehmung des Admirals Koch, des ersten Vizeadmirals des verstorbenen Chefs des Admiralsstabes v. Holtenhorff.

Vorsitzender Warmuth: Wir sehen, wie seit Frühjahr 1918 sich ein hartes Drängen nach dem rücksichtslosen U-Bootkrieg zeigt. Dieses Drängen deckt sich nicht an Kraft durch den Widerstand seitens ziviler Institutionen. Vorbehaltlich der Verlesung von Niederschriften des Herrn v. Holtenhorff bitte ich Sie, zu beantworten:

1. Was bestimmte dieses Drängen nach dem rücksichtslosen U-Bootkrieg, welche Gesamtlage also schien diesen erforderlich zu machen?

2. Was rechtfertigte die Zuversicht in die Leistung des rücksichtslosen U-Bootkrieges?

3. Was war die Ursache, daß dieser mit Sicherheit angenommene Erfolg ausblieb?

Schließlich wird noch die Unterfrage gestellt werden: Wie war technisch eine Möglichkeit gegeben, den einmal ins Leben getretenen rücksichtslosen U-Bootkrieg wieder rückgängig zu machen?

Admiral Koch: Es ist Ihnen allen bekannt, daß die englische Flotte von Kriegsbeginn an sich dauernd von deutschen Gewässern fernhielt; abgesehen von einigen Vorstößen an die deutsche Küste, war nichts von ihr zu sehen. Wäre Englands vergrößerte Engländer also auf eine Seeschlacht, denn es selbst konnte wohl nicht annehmen, daß die stärkere deutsche Flotte den Feind an seiner eigenen Küste aufsuchen würde, was unter fastlich ungünstigen Bedingungen stattfinden mußte. England ging auch nicht zu einer völkerrechtlichen Blockade über in dem Karem Bewußtsein, daß, wenn es dies getan hätte, damit einen großen Teil seiner Flotte im Blockadendienst verloren haben würde. Letzten Endes wäre es doch wohl gezwungen gewesen, seine Seeschlacht einzusetzen. England bemühte sich halt dessen, seine Kriegsschiffe vom Kriegsschauplatz zurückzuziehen, sie in sicheren Häfen aufzubewahren und hat eine Blockade nach internationalen Regeln eine solche zu eröffnen, die allem Völkerrecht Hohn spricht. Es konnte mit seinen Streitkräften und Hilfsmitteln aller Art die Zugänge zur Nordsee absperrten und durch wirtschaftliche und physische Auszehrung des deutschen Volkes den Frieden erzwingen unter gleichzeitiger Vergeßung von Neutralen.

Auf diese Weise entstand die sogenannte Hungerblockade.

Als unsern Volk so schwere und einschneidende Leiden gebracht hat, in deren Ausführung sich die englische Brutalität und Verachtung jeder völkerrechtlichen Regelung zeigte. England setzte sich mit foudroyanter Wucht jedes Rechtes über alles hinweg. Seit Herbst 1914 hatte England so seine Hand an unserer Hunger- und Deutschland war dagegen fast machtlos. Da erstand in der U-Boot-Waffe das gegebene Mittel, dem englischen Wirtschaftswesen und damit schließlich auch seiner politischen Macht und der gesamten Kriegsführung der Entente in Gestalt der Verminnerung seines Frachtraumes Schaden zuzufügen.

Allerdings mußte bei Verwendung der U-Boote eine unterschiedliche Behandlung von feindlichen und neutralen Schiffen fast unterbleiben, wodurch eine Gefährdung der neutralen Beziehungen nicht ausgeschlossen war.

Zum erstenmal war durch das U-Boot die Möglichkeit gegeben, ohne Besitz der Seeherrschaft die Art an die englische Seeherrschaft zu legen, zudem war die Anwendung dieses Rachmittels abhängig von der militärischen Notwendigkeit.

Im Herbst 1918 war es immer klarer geworden, daß die physischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands und vor allem unserer Bundesgenossen binnen absehbarer Zeit zur Neige gingen. Eine Aussicht auf eine gütliche Entscheidung im Landkrieg war kaum noch vorhanden.

Koch Ansicht des Admiralsstabes mußte auch die Rücksicht auf Neutralität zurücktreten. In der Denkschrift des Admiralsstabes, die am 22. Dezember dem Hauptquartier übergeben wurde, ist die An-

sicht Holtenhorffs hierüber festgelegt. Darin heißt es, daß das Ende des Krieges unter allen Umständen baldigt herbeigeführt werden müsse, wobei auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nicht abzuwägen seien. Uns blieb nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Die Antwort auf das deutsche Friedensangebot hatte gezeigt, daß unsere Feinde es auf die Vernichtung Deutschlands abgesehen hatten. — Admiral v. Holtenhorff war der Ansicht, daß die Zeit von da ab nicht mehr für uns, sondern gegen uns arbeite, der Krieg könne auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden und außerdem verlange die Oberste Heeresleitung die Unterjüngung der Marine. Die Neigung der Entente, auf annehmbarem Fuße zum Frieden zu kommen, war für ihn so gut wie ausgeschlossen.

Vorsitzender Warmuth: Wußte Herr v. Holtenhorff, daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland angezogen und daß zwischen dem 12. Dezember und dem 1. Februar auf Wilson noch immer in gleicher Weise hingewirkt wurde?

Admiral Koch: Ich weiß es nicht genau, ich nehme an, er war fast immer im Hauptquartier.

Beihmann Holweg: Bei den vielfachen Besprechungen, die ich mit Admiral v. Holtenhorff über die U-Bootfrage und über die Stellung Americas, Wilsons, zu einem Friedensangebot gehabt habe, habe ich ihm wiederholt angedeutet, daß mir darauf hinwirkte, Wilson möge einen Friedensappell veranlassen. Er hat diese meine Mitteilung immer mit Zögern erwidert.

Vorsitzender Warmuth: War auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert, daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland angezogen war, ist sie dauernd von uns auf dem laufenden erhalten worden?

Beihmann Holweg: In dieser Beziehung möchte ich auf den Inhalt der Akten Bezug nehmen.

Vorsitzender Warmuth: Aus eigenem Wissen können Erzellenz eine Antwort auf diese Frage nicht geben?

Beihmanns Gedächtnis verjagt wieder.

Beihmann Holweg: Aus dem Gedächtnis möchte ich Sie nicht geben, weil die Akten das Notwendige enthalten und weil ich äußersten Wert darauf legen muß, mich nicht mit dem, was ich nach dem Gedächtnis sagen möchte, in Widerspruch zu setzen, mit dem Inhalt der Akten, nach dem drei Jahre darüber hinweggegangen sind.

Vorsitzender Warmuth: Es handelt sich doch um so markante Dinge, daß ich glauben möchte, daß Erzellenz auch aus dem Gedächtnis etwas auszusagen können. Die Tatsache, daß von uns das Wilsonsche Friedensangebot angeregt war und gefördert wurde, ist in der ganzen Friedensfrage so einschneidend, daß ich es nicht unterdrücken kann, zu sagen, daß das wohl doch in dem Gedächtnis Curer Erzellenz so halten müßte, daß es auch jetzt noch möglich sein müßte, sich aus dem Gedächtnis heraus darüber zu äußern. Wir möchten nur wissen, inwieweit Sie der Obersten Heeresleitung von diesen Dingen Kenntnis gegeben haben.

Beihmann Holweg: Diese Ausführungen des Vorsitzenden zwingen mich, meine grundsätzliche Auffassung von meiner Stellung dem Ausschuss gegenüber hier kurzulegen. Ich bin als Ausführender Person geladen und werde unter Zeugeneid vernommen. Meine Aufgabe kann nur sein, dem Ausschuss in den Fällen, wo er sich aus den Akten nicht unterrichten kann, Auskunft zu geben, also eine Ergänzung der Akten zu liefern. Diese Ergänzung wird sich vornehmlich darauf beziehen, daß ich die Gründe und Ziele meines Handelns klar lege. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein, nach dem Gedächtnis dem Ausschuss eine Darstellung der Geschehnisse und Begebenheiten zu liefern, die der Ausschuss aus den Akten sich selbst verschaffen kann. Einmalen habe ich noch nicht als Angeklagter hier, sondern als Ausführender Person und Zeuge, und ich lege den größten Wert darauf, daß diese scharfe Scheidung gemacht wird. Wir stehen ja in einem eigentümlichen Verfahren. Es werden hier mit meinem beidseitigen Zeugnis Tatsachen festgestellt, auf Grund deren ich demnach verurteilt werden kann.

vor dem Staatsgerichtshof als Angeklagter

erscheinen muß. Das ist juristisch eine ungeheuerliche Auffassung. Selbstverständlich wird mich diese Sachlage nicht davon abhalten, hier bei meiner verteidigten Aufgabe die Wahrheit zu sagen. Ich will auszusagen, was ich nach bestem Wissen und Gewissen auszusagen kann. Ob sich daran ein Angeklagter gegen mich richtet, wird meine Sprache nicht beeinträchtigen. Aber wenn

29) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mühlen.

Der Fragesteller schien über alles unterrichtet zu sein; es fiel ihm leicht, aus Jimmie herauszulocken, wie er den alten Kummer über die Empire-Fabrik, das Land und den Präsidenten fluchen gehört, wie Kummer mit Reilly und fremden Deutschen zusammen geküsst und wie Heinrich, Kummers Nefte, Stahlrohre zerhackt habe. Dann fragte der junge Mann nach Jerry Coleman. Wieviel Geld habe Jimmie von ihm genommen und was habe er damit getan? Jimmie weigerte sich, Namen anzugeben, als jedoch der junge Mann andeutete, Jimmie habe vielleicht das Geld für sich behalten, brauche der kleine Maschinist auf: „Weder ich, noch mein Freund Reilly haben einen Dollar erhalten, obwohl es uns schwer fiel, unsere Miete zu zahlen; Jerry Coleman besitzt alle Befugnisse. Sie können sich beim Genossen Gerrity, der Genossin Mary Allen und anderen Mitgliedern der Ortsgruppe erkundigen.“

Allmählich lenkte der junge Mann das Gespräch auf die deutschen Genossen; zum Beispiel der Brauarbeiter Schneider, der gehörte doch auch zu jenen, die die Alliierten verfluchen und hatte sich an der Bombenveranschönerung beteiligt. Jimmie war empört, es gibt keinen besseren Sozialisten als den Genossen Schneider, und Sozialisten haben nichts mit Bomben zu schaffen. Ja, aber der junge Emil Forster, stellte der nicht in seinen Ruhestunden Sprengstoffe her? Jimmies Empörung steigerte sich; er kenne Emil gut, der Junge sei ein Musterzeichner, ein begeisterter Musiker; wenn jemand derlei Berichte über ihn verbreite, seien sie glatt erlogen. Das Verhör währte etwa eine Stunde; der junge Mann peinigte Jimmie bis aufs Blut. Schließlich wurde er milder, sagte, er hätte bloß erfahren wollen, was Jimmie über die Leute wisse, deren prodeutsche Ansichten verdächtig waren. Nein, die Regierung besitze keine Beweise gegen Schneider oder Forster noch gegen andere bona fide-Sozialisten, die bloß Lügner waren, welche sich von deutschen Verschwörern als Werkzeuge benutzen ließen. Und diese Verschwörer hatten Geld genug, um alle Munitionsfabriken des Landes zum Stillstand zu bringen.

IV.

Der junge Mann, der sich selbst als „Geheimpolizist“ bezeichnete, hielt Jimmie eine Predigt. „Ein ehrlicher Mann, wie Sie, sollte sich schämen, sich von deutschen Verschwörern narren zu lassen, die es darauf abgesehen haben, die amerikanische Industrie lahm zu legen, und das amerikanische Proletariat an der Nase herumzuführen.“

„Sie wollen aber doch der Munitionsverfertigung ein Ende bereiten,“ meinte Jimmie.

„Damit Deutschland mehr Munition herstellen kann!“

„Ich bin auch gegen die Munitionsfabriken in Deutschland.“

„Was können Sie dagegen tun?“

„Ich bin ein internationaler Sozialist; wenn ich in meinem Lande den Krieg bekämpfe, helfe ich den Sozialisten der anderen Länder, ihn zu bekämpfen. Und ich werde ihn bekämpfen bis zum letzten Atemzug!“ Und nun donnerte Genosse Higgins eine pazifistische Predigt auf den „Geheimpolizisten“ der Regierung los, der Jimmies Schicksal in der Hand hielt. Kein Sterblicher, der vor Jimmie Higgins den Krieg verteidigte, durfte ohne Antwort bleiben — und wenn es Jimmie lebenslängliches Buzthaus einbrachte.

Der junge Mann lachte, gutmütiger, als Jimmie dies je erwartet hätte. „Higgins,“ sagte er, „Sie sind ein guter Narr. Sie können Gott danken, daß zufällig einer der Männer, denen Sie Ihr Vertrauen geschenkt haben, ein Staatsdetektiv ist. Wenn wir nicht über Sie die Wahrheit wüßten, wäre es Ihnen schwer gefallen, sich reinzuwaschen.“

Jimmies Mund stand weit offen. „Ein Staatsdetektiv! Wer ist ein Staatsdetektiv?“

„Reilly,“ entgegnete der junge Mann.

„Reilly?! Aber er war es doch, der mich verführen wollte!“

„Seien Sie froh, daß Sie der Verführung widerstanden haben.“

„Vielleicht hat auch er Heinrich verführt!“

„Nein, Heinrich brauchte gar nicht erst verführt zu werden. Wir haben um Heinrichs Willen unsere Nachforschungen angestellt; er hat Sprengstoffe hergestellt und im ganzen Land verteilt. Uebrigens heißt er weder Heinrich, noch ist er Kummers Nefte. Er heißt von Holz, ist ein preußischer Offizier, ein persönlicher Freund des Kaisers.“

Jimmie war sprachlos. Großer Gott! Da hatte er im Geschäft mit einem persönlichen Freund des Kaisers zusammengeessen, hatte seine Weife aus dessen Tabakbeutel gefüllt, hatte diesen persönlichen Freund des Kaisers einen Trottel, einen Esel genannt, ihm erklärt, ein richtiger Mechaniker könne in der Zeit ein Kugellager zusammensetzen, die er brauche, um in seine Hände zu spucken.

Herr Harrod, der „Geheimpolizist“, belehrte Jimmie, er müsse alles auszusagen, was er wisse, und Jimmie war bereit über seinen Irrtum empört, daß er hierzu völlig bereit war. „Sie werden vor Gericht erscheinen müssen,“ sagte der junge Mann. „Haben Sie jemand, der für Sie aufstehen kann?“ Jimmie zerbrach sich den müden Kopf. Genosse Dr. Service würde es vielleicht tun, wenn er überzeugt wäre, daß Jimmie nicht den Deutschen habe helfen wollen. Herr Harrod versprach, ihn davon zu überzeugen, telephonierte Dr. Service, den er zu kennen schien, an und berichtete ihm das Vorgefallene. Dr. Service entgegnete schließlich, er wolle eine Kauon von zweitausend Dollars erlegen und für Jimmies Erscheinen vor der Jury bürgen. Herr Harrod fügte hinzu, daß Jimmie heute abend freigelassen werden könne, falls Dr. Service verspreche, am nächsten Morgen persönlich zu erscheinen, um die Sache zu regeln. Der Doktor gab diese Versicherung ab, und Jimmie war bis um zehn Uhr des folgenden Morgens frei. Er verließ eilends das Postgebäude, wie eine Lerche dem Käfig entfliegt.

V.

Es war ihm eingeschärft worden, mit niemandem über die Angelegenheit zu sprechen; Lizzie erzählte er, er sei mit wichtigen Reparaturen beschäftigt gewesen. Am folgenden Morgen erhob er sich, um seinen Verdacht zu erwecken, zur gewohnten Stunde, streifte dem Geschäft zu und starrte dort auf die verschlossene Tür, vor der ein Polizist auf und ab schritt. Dann kaufte er eine Nummer des „Gerald“ und las die anregende Geschichte der in Leesville entdeckten deutschen Verschwörung. Ein halbes Duzend der Verschwörer befand sich in Haft, etwa ein Duzend für die Empire-Fabrik bestimmte Bomben waren gefunden worden. Es war endlich gelungen, Franz Heinrich von Holz, der eine Brücke in Kanada in die Luft gesprengt und eine Höllemaschine auf einem Passagierdampfer untergebracht hatte, zu ertappen.

(Fortsetzung folgt.)

Spandau. Am Freitag in den Buttergeschäften 100 Gramm Käse...
Potsdam. Am Freitag ab gegen Abtrennung des Bezugs- und...
Königsberg. Anleihe von inländischem Fleisch 250 Gramm...

Aus den Organisationen.

12. Bezirk. Sonnabend abend 7 Uhr in der Aula des Gymnasiums...
13. Bezirk. Freitag abend 7 Uhr Bezirkskonferenz bei Kaufh. Vredowstraße 35.

Hermesdorf-Waldmannsplatz. Die Kassen nehmen an der...
Bereinstellender.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 14. Sektion e...
Zentralverband der Angestellten, Sektion: Kato. Freitag abends...
Zentralverband der Angestellten, Sektion: Kato. Freitag abends...

Angestellte der Gold- und Silberindustrie, Kunst- und Buchhändler...
Freie sozialistische Jugend, Schönhauser Tor. Freitag abend 7 1/2 Uhr...
Arbeiter-Genossenschaft, Freitag abend 7 1/2 Uhr bei Beberstein...

Der Kneifer, den Sie suchen!

Keine Widerwärtigkeiten, die sich täglich oder gar stündlich...
Über im Ernst, der schiefstehende Kneifer ist nicht nur eine...
Qual, sondern er schädigt auch ohne Zweifel die Augen.

befindet; das nennt man orthogontrisch. Eine gut angepasste...
Das ist der Kneifer, den Sie suchen!
So fesselt er, daß Sie damit springen, turnen und tanzen...

unzählige Stellen zeigt. Ferner liegt die Neugier hauptsächlich darin...
Halt! Sie Augenklappen benötigen, oder mit Ihren...
Am würdigen Nachfragen zu vermeiden, folgen nachstehend...

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 11
Wils. 4720.

Spezial-Arzt
Dr. med. Lommer
Geschlechts-, Haut-, Frauenkr.
Behandl. schnell u. sicher ohne...
Brunnerstr. 185
Nähe Rosenthal Pl., Sprechz. 9-11 u. 4-8 U., Sonnt. 9-12 U.

2000 Mark Belohnung
erschüt, wer mir zur Wiedererlangung mein. beiden Pferde...
Schwarzgr. Wallach 170 groß, kl. Stern, linker Hinterfuß weiß...
Kupferleitungen
elektr. Kronen u. ähnl. Installationen, kauft...
Palisadenstraße 11, v. II r.

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom kauft
Ingenieur Hermann Schlichting
Berl. W. 9, Linstr. 16,
Tel.: Litzow 3745 und 3818.

Platina
Gold, Silber
höchste Tagespreise.
Alle Goldstücke bis 1000 Mk.,
Platinstücke bis 450 Mk.,
kauft Hausdorff,
Palisadenstraße 11, v. II r.

elektrische
Leitungsdrähte
Kabel - Litzen
Kleinere Dynamodrähte
kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstr. 32
Fernspr. Alex. 2115

Spiralbohrer
Schnell-
drehstuhl, Reibhaken für
dringenden Bedarf zu außer-
gewöhnlich hohen Preisen
kauft Friedrich Morgenstern,
Berlin-Lichtenberg, Weichsel-
straße 18.

Spiralbohrer
mit Schnell- und Werkzeug-
stahl kauft laufend nach Ver-
handlung Hans Goetze,
Berlin C19, Friedrichsgracht 16,
Fernspr. Zentrum 5543.

Tüchtiger Korbmacher
per sofort auf bessere Korb-
mehel für dauernd gesucht.
Hoher Lohn, gute Verhältnisse.
Konr. Marggrafendamm 4.

Schürzen-Muster-
Näherinnen
für Haus, elektrischer Betrieb,
kauft sofort ein
Henschel & Lauter,
Königsberger Straße 116.

Inserate
für den darauffolgenden
Tag müssen spätestens
4 Uhr, Sonnabends bis 2
Uhr nachm. bei der
Expedition Schlichting-
baum 19 aufgegeben sein

Zum 9. November

gibt die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
e. G. m. b. H., Schiffbauerdamm 19 eine
politisch satyrische Zeitung
heraus unter dem Titel

„Rückwärts“

Ausgabe heute! Preis 20 Pf.
Straßenhändlern hoher Rabatt!

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Achtung! Achtung!

Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren- und Knaben-Konfektion

Am Freitag, 7. November, abends 5 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2

Mitglieder = Versammlung

In demselben Lokal um 2 Uhr nachmittags

Sitzung der Vertrauensmänner der Zuschneider

Jedes Geschäft muß vertreten sein durch einen Kollegen. Die Zeit für diese wichtige Sitzung muß den Beauftragten der Kollegen gewährt werden.

Die Kommission.

Bezirksorganisation Berlin = Stadt II. S. P. D.

Frauen-Mitgliederversammlung

am Freitag, den 7. November, abends 7 Uhr, in den
Andreas-Gewerken, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:
1. Der Parteitag und die Frauenkonferenz.
2. Wahl der Delegierten.
3. Diskussion.

Referentin: Genossin Mathilde Wurm.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Geschäftsleitung
J. A. Hermann Müller.

PLATIN

Gold und Silber
in jeder Form
höchste Preise
Stiftzähne 3,30 b. 40 M.
kauft Linke
Bücherstr. 40, Tel. 11, 1-81

Vorverkauf von
Quecksilber
ausreife Zahne-
kurrenzlose Preis.
Metallkontor
Alte Jakobstraße 138
Fernspr.: Moritzpl. 12858.

Kaufe jeden Posten Kupfer-
leitungen, Kabel zu den höch-
sten Preisen. Elektrobüro,
Lange Str. 17, Ecke Andreas-
straße, Alex. 233.

Zentralverband der Angestellten

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 7-10.
Telephon: Rosenhof 4460-4463.

Sektionen: Holz- und Möbelindustrie, Stroh- und
Schirmbranche, Abzählungs- und Versandgeschäfte.

Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr,
im „Königstadt-Casino“, Holzmarktstraße 72.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Aufbau unserer Organisation.
Referent: Kollege Koppke.
2. Wahl der Fachgruppenleitung
3. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berlin N. 34, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Ami Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Am Freitag, den 7. November 1919, nachm. 5 Uhr
im Lokal von Bowsell, Feilichstraße 7:

Versammlung

aller Metallarbeiter der chemischen Industrie.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Verhandlungen mit den Unter-
nehmern. Berichtener Kollege Ulrich. 2. Diskussion.
Es ist wichtig, daß alle Kollegen Schlichter, Decker, Schulte,
Wielter und alle angestrichelten Kollegen der Metallarbeiter erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Innungsschmiede und Schmiede der Fuhrgeschäfte!

Das Streiklokal befindet sich Mittelstraße 30 im Hofe, das
Generalversammlungsbüro haben sich alle Kollegen dort (Hofe)
von 8-12 Uhr vormittags zu melden. Die Streikleitung.

Graveure! Zifelleure!

Heute, Freitag, den 7. November 1919,
nachmittags 4 Uhr
im Ritzschen-Hof, Mittelstraße 18a

Fortsetzung der Branchenversammlung

vom 5. November 1919.

Zur Erhellung aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten

Bezirk: Neukölln 1-4.

Freitag, den 7. November 1919, abends 7 Uhr
in Kiehm's Geschäft (großer Saal), Hohenfelde 13/14

Gemeinsame Mitgliederversammlung aller 4 Bezirke Neuköllns.

Tagesordnung: 1. Rubrikentwurf der Gewerkschaften.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände. 4. Bericht abends.
Referent: Kollege Leopold Aufhäuser.

Alle Kollegen und Angehörigen! Es ist eure Pflicht für einen
guten Verlauf dieser Versammlung zu sorgen.
Alle Karten eingeliefert werden.

Beiträge können in der Versammlung entrichtet werden.
Die Bezirksführer Neukölln 1-4.
G. A. Kippenheller.

Betriebsversammlung

der streikenden Kollegen Betrieb J. Werner,
Lützowstraße,

findet Freitag 12 Uhr im Nationalhof,
Wülowstraße 37, statt.

Im Anschluß wird die Unterjüngung ausgezahlt.
Dr. Stein.

Kolleginnen und Kollegen der Neuen Element-Werke

Friedrichstraße 106a.

Am Freitag, d. 7. 11., vormittags 10 Uhr, findet
in den Dolandfälen, Eljafer Straße, eine

Betriebsversammlung

statt. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.
G. Herrmann.

Achtung!

Au alle Funktionäre der Copulation des Deutschen
Transportarbeiter-Verbandes.

Sonntags, den 8. November, nachmittags 5 Uhr, in
Deutsches Geschäft, Große Hamburger Str. 30,
außerordentl., wichtige Besprechungen
abgehaltener Funktionäre.

Zahlreiches Erscheinen ist jedes einzelnen Pflicht.
Mitgliedsbuch des U. S. A. B. und D. A. B. mitbringen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
der Metallarbeiter

Robert Bonge

Neukölln, Berliner Straße 33
am 3. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusa-
limer Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege-
der Maschinenarbeiter

Richard Wilke

Wilhelmsruh, Uhländerstraße 5
am 2. d. Mts. - ferner die Kollegen, die Arbeiteten

Charlotte Folgmann

Triftstraße 3
am 30. v. Mts. gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.

Berichtigung.

Gesangsverein Manntramm.

Die Beerdigung unse-
res Sanggelehrten

Robert Bonge

findet am Sonnabend,
den 8. nachm. 7 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des
Jerusalem Friedhof,
Neukölln, Hermannstr.,
aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirksverwaltung Ost-Berlin

Den Mitgliedern zur
Nachricht, daß unser
Kollege, d. Müllerkocher

Otto Wagner

am 2. d. M. im Alter von
39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

2 große öffentliche Versammlungen.

Freitag, d. 7. November 1919, abends 5 1/2 Uhr
Kindl-Bräuerei, Hermannstraße, und
Kiehm's Festsaal, Hohenfelde 12, 2. Saal, Eingang
vom Garten.

Tagesordnung:
1. Das Attentat auf den kommunisten
Arbeiterrat Neukölln.
2. Diskussion.

Erscheint in Massen! Auf zum Protest!

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf die Abschnitte 74 und 75 der all-
gemeinen Lebensmittelliste der Stadt Berlin
je 250 Gramm ausländische Hülsenfrüchte
zum Preise von 1,25 Mk. je Pfund
und auf den Abschnitt 92 derselben Liste
250 Gramm ausländische Weizenmehl zum
Preis von 1,45 Mk.,
ferner auf den Abschnitt O der Berliner Bezugsliste
bis zu 5 Suppenwürfeln
zum Preise von 18 Pf. je Stück.

2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die
Anmeldungen vom Freitag, den 7. bis Montag, den
10. November 1919, bei den Kleinhandlern abzugeben.

3. Die Kleinhandler haben die Anmeldebüchlein zu
den oben aufgeführten Nummern bei den Großhänd-
lern am 11. November 1919 abzugeben.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 11. De-
zember 1919.

Berlin, den 5. November 1919.
Magistrat,
Abteilung für Nahrungsmittel.
Tgl. Nr. 5705 98.

Botenfrauen

stellt ein:

Spedition Schäfer, Gnelsonaustr. 70.
" Werner, Greifswalder Str. 29.
" Gerhard, Karlsruh.
" Schindler, Neukölln, Neckerstr. 3.
" Krüger, Emser Str. 32.
" Nessler, Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34.
" Ernst Eng, Waldmamelund, Platz...